

## **Rat stellt sich einmütig hinter Erhalt des Sozialtickets**

### **Appell an die Landesregierung. Ruf nach einheitlichem Tarifsystem**

Ein gemeinsamer Antrag von Grünen, Linken und Piraten-Alternativer Liste, der von den Kooperationspartnern CDU und SPD verändert sowie wesentlich ergänzt wird und dann am Ende eine einstimmige Mehrheit findet – das gibt es im Rat auch nicht alle Tage. Beim Thema Sozialticket ist es am Dienstagabend genau so geschehen.

Einmütig sprachen sich alle Parteien am Ende der Debatte für eine dauerhafte Finanzierung der zwischenzeitlich vom NRW-Verkehrsminister zur Disposition gestellten Monatskarte für Menschen, die auf staatliche Leistungen angewiesen sind. Diese Kernforderung der Opposition wurde von Rot-Schwarz noch um den Zusatz ergänzt, dass zeitnah mit den Verkehrsverbänden in NRW ein effizientes Ticketsystem für Bus und Bahn entwickelt werden soll, das neben dem „qualitativen Erhalt des Sozialtickets“ weitere Bausteine wie u.a. ein Azubi-Ticket sowie am Ende ein „landesweit einheitliches Tarifsystem beinhaltet“.

Wie berichtet, hatte NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) zunächst die Streichung der jährlichen Zuschüsse fürs Sozialticket von zurzeit 40 Millionen Euro schrittweise bis 2020 angekündigt, dies nach heftigen Protesten aber zurückgezogen. Dieser Vorstoß sei „eher ungeschickt“ gewesen, kritisierte CDU-Fraktions-Chefin Bettina Szelag ihren Parteifreund. Auch sie sei mehr als überrascht über Wüsts Vorgehen gewesen. „Sie haben uns auf Ihrer Seite“, signalisierte Szelag der Ratsopposition. Die Situation habe sich jedoch inzwischen deutlich entspannt.

Grüne: Thema ist nicht vom Tisch

Raoul Roßbach (Grüne) erinnerte daran, dass die erste Initiative für ein Sozialticket in NRW von CDU und Grünen gestartet worden sei und die Fahrkarte 2011 unter Rot-Grün eingeführt worden sei. Der „irritierende“ Vorstoß der CDU im Land sei erst nach Protesten zurückgezogen worden. Das Thema sei aber noch längst nicht vom Tisch, warnte er.